

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizei-
departement
Frau Bundesrätin
Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrain 20
3003 Bern

15. November 2023

Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 23. August 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB) im Bereich gewaltfreie Erziehung Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er unterstützt das Ziel, jegliche Form von Gewalt gegen Kinder zu bekämpfen und einen gesellschaftlichen Bewusstseinswandel herbeizuführen.

Die vorgeschlagene Präzisierung des Zivilgesetzbuchs zur ausdrücklichen Verankerung der gewaltfreien Erziehung setzt den Fokus auf präventive Massnahmen zum Wohl der Kinder und zur Unterstützung von Familien in Konfliktsituationen. Die vorgeschlagene Änderung des ZGB steht im Einklang mit der Sozialplanung des Kantons Aargau und entspricht den Massnahmen der UN-Kinderrechtskonvention.

Der Regierungsrat anerkennt die Wichtigkeit der Beratungs- und Informationsangebote für Kinder und Eltern und setzt sich bereits mit geeigneten Massnahmen für einen erleichterten Zugang zu diesen Angeboten ein. Gemäss erläuterndem Bericht findet die Umsetzung der Stärkung der bestehenden, niederschweligen Beratungs- und Hilfsangebote für die Eltern und Kinder wie bisher durch die Kantone statt. Der Regierungsrat unterstützt die kantonale Gestaltungsfreiheit sowohl in der Definition als auch in der Ausgestaltung des bedarfsgerechten Angebots. Er begrüsst, dass mit der vorgeschlagenen Regelung keine neuen Verpflichtungen zulasten der Kantone verbunden sind.

Der Regierungsrat ist mit der geplanten Anpassung des ZGB einverstanden und stimmt der Vernehmlassungsvorlage zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Jean-Pierre Gallati
Landammann



Joana Filippi
Staatsschreiberin

z.K. an
• zz@bj.admin.ch



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
zz@bj.admin.ch

Appenzell, 23. November 2023

Änderung des Zivilgesetzbuchs (Gewaltfreie Erziehung) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. August 2023 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Gewaltfreie Erziehung) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie begrüsst die geplante Gesetzesrevision, welche das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Zivilgesetzbuch statuiert. Sie schliesst sich den Stellungnahmen von Kinderschutz Schweiz und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren an.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Gesundheits- und Sozialdepartement, Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Bundesamt für Justiz
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 10. November 2023

Eidg. Vernehmlassung; Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung); Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) hat am 23. August 2023 das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) für eine gewaltfreie Erziehung von Kindern eröffnet. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 23. November 2023.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er ist der Meinung, dass die Anstrengungen, eine gewaltfreie Erziehung in der Schweiz zu garantieren, weiter verstärkt werden müssen. Er begrüsst daher die vorgesehene Erweiterung des Art. 302 Abs. 1 ZGB, mit welcher dieser Grundsatz explizit im Zivilgesetzbuch verankert werden soll. Die vorgeschlagenen Ergänzungen passen mithin in die Konzeption der bereits bestehenden Regelungen, verdeutlichen diese (Art. 302 Abs. 1 Satz 2 ZGB) oder sorgen für ein weitergehendes Beratungsangebot (Art. 302 Abs. 4 ZGB), soweit ein solches nicht schon besteht. Für die Fallarbeit einer KESB bietet die neue Bestimmung zudem eine ausdrückliche und differenziertere Teil-Definition des zu Recht im bestehenden Art. 302 Abs. 1 ZGB allgemein gehaltenen Begriffs des Kindeswohls. Gewalt in der Erziehung wäre demnach neu auch ein ausdrücklicher Aspekt der Gefährdung des Kindeswohls.

Wie die geltende Bestimmung bleibt auch die neue Regelung mit Blick auf die Formulierung "andere Formen entwürdigender Gewalt" interpretationsbedürftig. Diese Offenheit in der Formulierung (körperliche Gewalt und andere Formen entwürdigender Gewalt) ist jedoch zu befürworten, da sie den Zielen der UN-Kinderrechtskonvention entspricht.

Auch die Ergänzung des Art. 302 ZGB mit einem vierten Absatz unterstützt der Regierungsrat. Dieser Absatz zeigt den Willen des Gesetzgebers, einerseits die Prävention zu verstärken und andererseits die Unterstützungsangebote für Inhaberinnen und Inhaber der elterlichen Sorge, wo sie noch unzureichend sind, auszubauen. Der ausdrückliche Auftrag an die Kantone, Beratungsangebote für Eltern und Kinder zu schaffen, ist



aus Sicht des Regierungsrates daher ebenfalls zu begrüßen, da er mit Blick auf Art. 171 ZGB ausdrücklich auch nicht verheiratete Eltern und deren Kinder umfasst und den Fokus auf Formen der häuslichen Gewalt im weiteren Sinn legt.

Abschliessend hält der Regierungsrat fest, dass seiner Meinung nach eine gemeinsame Sensibilisierung von Bund und Kanton, sowohl der Eltern als auch der Kinder und Jugendlichen für ihre Rechte, sinnvoll und wünschenswert wäre.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Dr. iur. Roger Nobs, Ratschreiber



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Per E-Mail an: zz@bj.admin.ch

RRB Nr.: 1255/2023
Direktion: Direktion für Inneres und Justiz
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

22. November 2023

Vernehmlassung des Bundes: Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Er stimmt der Gesetzesänderung zu und nimmt zu einzelnen Aspekten wie folgt Stellung:

Generell:

Der Regierungsrat begrüsst die explizite gesetzliche Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch und verspricht sich davon insbesondere eine wichtige Signalwirkung. Studien zeigen, dass in der Schweiz unterschiedliche Formen von Gewalt in der Erziehung nach wie vor und in allen Milieus verbreitet sind. Oft steht eine solche Gewaltanwendung im Zusammenhang mit einer Überforderungssituation. Für Fachpersonen vereinfacht ein klares Signal durch eine Anpassung der Gesetzgebung die Kommunikation mit den Eltern und die Thematisierung von Unterstützungsangeboten.

Hinweise zu Art. 302 Abs. 4 ZGB:

Dass die Sicherstellung des Zugangs zu Beratungsstellen und damit auch die nähere Definition des benötigten Angebots in die Zuständigkeit der Kantone fällt, erscheint dem Regierungsrat schlüssig. So kann die Umsetzung auf Basis bestehender Angebote gewährleistet werden. Der Kanton Bern kennt bereits ein vielfältiges Informations- und Unterstützungsangebot für Eltern, welches er mitfinanziert, das der ganzen Bevölkerung zur Verfügung steht und Aspekte der gewaltfreien Erziehung mitumfasst.

Massnahmen auf nationaler Ebene:

Um den Signalcharakter der neuen Bestimmung zu erhöhen, erachtet der Regierungsrat zusätzliche Massnahmen auf nationaler Ebene als angezeigt. Er ist deshalb der Meinung, dass der Bund insbesondere im Zuge der Inkraftsetzung des Artikels in den ersten Jahren mit nationalen Kampagnen Sorgeberechtigte für die gewaltfreie Erziehung sensibilisieren und so dem Ansinnen zu einer nachhaltigen Wirkung verhelfen sollte. Der Regierungsrat des Kantons Bern bittet

Sie zudem, die Kantone frühzeitig über den Start einer nationalen Kampagne zu avisieren, damit die zuständigen Stellen der Kantone ihre Öffentlichkeitsarbeit gezielt darauf ausrichten können.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Hinweise sowie des Anliegens bezüglich zusätzlicher nationaler Kampagnen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Philippe Müller
Regierungspräsident



Christoph Auer
Staatsschreiber

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement

zz@bj.admin.ch

Liestal, 31. Oktober 2023

**Vernehmlassung betreffend
Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Wir begrüssen die vorgeschlagenen Änderungen in Artikel 302 Absatz 1 und Absatz 4 des Zivilgesetzbuches.

Wir schlagen vor, den zweiten Satz, der neu in **Absatz 1** eingefügt werden soll, neu wie folgt zu formulieren:

«Die Eltern haben das Kind ihren Verhältnissen entsprechend zu erziehen und seine körperliche, geistige und sittliche Entfaltung zu fördern und zu schützen; *das Kind hat ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung.*» Im Erläuternden Bericht wäre auszuführen, dass damit ein Recht auf eine Erziehung ohne körperliche Strafen und ohne psychische Gewalt gemeint ist. Unseres Erachtens ist nicht klar, was mit dem verwendeten Begriff «entwürdigende Gewalt» gemeint ist. Was für ein Anspruch daraus abgeleitet werden kann, könnte im Erläuternden Bericht geklärt werden. Eine Pflicht der Eltern ohne Anspruch des Kindes scheint nicht logisch.

Wir schlagen vor, **Absatz 4** wie folgt zu ergänzen:

«Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Eltern und das Kind bei Schwierigkeiten in der Erziehung gemeinsam oder einzeln an Beratungsstellen wenden *und weiterführende Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen* können.» Unseres Erachtens reicht es nicht, Kinder und Jugendliche nur zu beraten. Sie sollen in gewaltbelasteten Situationen mit weiterführenden Angeboten aktiv unterstützt werden.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an:
zz@bj.admin.ch

Basel, 7. November 2023

Regierungsratsbeschluss vom 7. November 2023
Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. August 2023 haben Sie uns die Unterlagen zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) zur Vernehmlassung zugestellt. Der Kanton bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Änderung des ZGB und die damit einhergehende Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Sinne einer Leitlinie für die Erziehung, ohne dabei eine Erziehungsmethode vorzuschreiben, begrüssen wir. Die bestehende Regelung über die elterliche Sorge wird mit der neuen Regelung inhaltlich verdeutlicht und präzisiert. Ausführungen in der Botschaft zum Recht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung und was unter «anderen Formen entwürdigender Gewalt» zu verstehen ist, unterstützen die Auslegung der Bestimmung. Die Förderung und Verbesserung des Zugangs zu Beratungsstellen für Eltern und Kind im Sinne einer flankierenden Massnahme begrüssen wir ebenfalls. Der Kanton Basel-Stadt schenkt diesem Anliegen mit der Ausrichtung von Finanzhilfen an die Familien-, Paar- und Erziehungsberatung bereits heute verstärkte Beachtung. Wünschenswert ist, zusätzlich zu den in der Vorlage genannten Beratungsstellen, weitere Angebote für Sorgerechtsberechtigte, wie etwa Elternbildung und Entlastungsangebote zu erwähnen.

Der Kanton Basel-Stadt spricht sich ferner dafür aus, in Art. 302 Abs. 1 VE ZGB neben dem Verbot der körperlichen Bestrafung auch das Verbot der psychischen Bestrafung ausdrücklich aufzunehmen. An der Wendung «*anderen Formen entwürdigender Gewalt*» im Sinne eines Auffangtatbestandes soll indessen festgehalten werden, damit er von Wissenschaft und Praxis weiterentwickelt werden kann. Wir schlagen vor, Art. 302 Abs. 1 zweiter Satz VE ZGB etwa folgendermassen zu formulieren:

[...].Insbesondere haben sie das Kind ohne Anwendung von körperlichen und psychischen Bestrafungen sowie anderen Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

A handwritten signature in blue ink, consisting of a stylized 'B' followed by a horizontal line and a loop.

Beat Jans
Regierungspräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B. Schüpbach-Guggenbühl' in a cursive style.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : zz@bj.admin.ch

Fribourg, le 14 novembre 2023

2023-928

Modification du code civil (Éducation sans violence) : procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier de mise en consultation du 23 août 2023. Le Conseil d'Etat remercie le DFJP pour l'élaboration du projet et l'invitation à prendre position concernant l'objet susmentionné.

À titre liminaire, le Conseil d'Etat salue cette nouvelle avancée pour les droits de l'enfant. En ce qui concerne le contenu du projet de loi, nous vous transmettons ci-dessous nos remarques et propositions.

La motion 19.4632 Bulliard-Marbach demande d'inscrire le droit à une éducation sans violence dans le code civil afin de protéger les enfants contre les châtiments corporels, les violences psychologiques et contre toute forme de rabaissement. L'art. 302 al. 1 CC du projet prescrit que les parents sont tenus d'élever leurs enfants « sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante ». Le terme dégradant nous renvoie au droit international prohibant la torture et tout autre traitement inhumain et dégradant. Or, il s'agit ici, selon nous, de toute violence (jegliche Gewalt) et le libellé de cette modification législative devrait être plus proche de la demande de la motionnaire et plus parlant pour les parents. Sans détailler ce qui doit être compris dans cette notion de violence, le législateur pourrait s'inspirer plutôt, de l'avis du Conseil d'Etat, de l'art. 19 al. 1 CDE qui mentionne « toute forme de violence, d'atteinte ou de brutalités physiques ou mentales, d'abandon ou de négligence, de mauvais traitements ou d'exploitation, y compris la violence sexuelle ».

Le Conseil d'Etat partage l'avis exprimé au sein du rapport explicatif relatif à l'importance des mesures d'accompagnement et les programmes de sensibilisation afin de limiter la violence à l'encontre des enfants. De ce point de vue, le projet d'ajout de l'alinéa 4 est à saluer. Toutefois, à l'instar de la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales (CDAS), il insiste sur l'importance de mesures pour renforcer les effets de l'introduction de ces nouvelles normes relatives à l'éducation sans violence. Il serait assurément judicieux que la Confédération entame une discussion avec les cantons pour prévoir des mesures communes afin d'encourager la prévention, la sensibilisation et l'information. Elle pourrait envisager de soutenir, en partenariat avec les cantons, une étude, afin d'identifier où se situent les lacunes dans le dispositif d'aide actuel.

En vous remerciant de tenir compte des remarques précédentes, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Didier Castella, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

L'original de ce document est établi en version électronique

Copie

—

à la Direction de la santé et des affaires sociales, pour elle et pour le Service de l'enfance et de la jeunesse ;
à la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales ;
à la Chancellerie d'Etat.



Genève, le 15 novembre 2023

Le Conseil d'Etat

7322-2023

Département fédéral de justice et police
Madame Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courriel zz@bj.admin.ch

Concerne : modification du code civil (Education sans violence) : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton de Genève a pris connaissance de votre courrier du 23 août 2023 relatif à la procédure de consultation sur la modification du code civil (Education sans violence).

Globalement, il est favorable à l'ajout de l'al. 4 à l'art. 302 CC. Par ailleurs, le Conseil d'Etat estime qu'il est important de faire connaître ces nouveaux articles du code civil et ainsi de sensibiliser la population à une éducation sans violence des enfants.

En annexe, vous trouverez le détail de sa prise de position sur le sujet.

En vous remerciant de prendre en compte la position du canton de Genève, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michele Righetti-El Zayadi

Le président :

Antonio Hodgers

Consultation sur la modification du code civil (Education sans violence): ouverture de la procédure de consultation

Vous trouverez ci-après la position du canton de Genève sur cette consultation.

En application des articles 16 et 207 de la Constitution de la République et canton de Genève, du 14 octobre 2012, le canton de Genève mène une politique active dans le but de promouvoir des conditions propres à favoriser la santé des enfants et des jeunes et de protéger les enfants menacés dans leur intégrité physique et psychique. En ce sens, le Conseil d'Etat considère que les traitements dégradants et les moyens de correction qui portent atteinte à l'intégrité physique, psychique ou spirituelle de l'enfant ou qui la mettent en danger doivent être considérés comme illicites en référence aux art. 10 et 11 de la Constitution fédérale qui protègent spécifiquement l'intégrité des enfants et des jeunes.

De plus, sur le plan international, la protection de l'enfant a fait l'objet de différentes normes. L'art. 3 de la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales interdit tout traitement inhumain ou dégradant (CEDH; RS 0.101). La Cour européenne a jugé que cette disposition interdisait de frapper un enfant à l'aide d'un bâton avec beaucoup de force et à plusieurs reprises (arrêt dans la cause A. c. Royaume-Uni du 23 septembre 1998, Recueil CourEDH 1998-IV p. 2692).

L'art. 19 de la Convention du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant, ratifiée par la Suisse le 24 février 1997, demande que les Etats parties prennent toutes les mesures législatives, administratives, sociales et éducatives appropriées pour protéger l'enfant contre toute forme de violence, d'atteinte ou de brutalités physiques ou mentales, d'abandon ou de négligence, de mauvais traitements ou d'exploitation, y compris la violence sexuelle, pendant qu'il est sous la garde de ses parents ou de l'un d'eux, de son ou ses représentant.s légaux ou de toute autre personne à qui il est confié (RS 0.107). Au niveau européen, le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe a recommandé aux gouvernements des Etats membres de revoir leur législation concernant le pouvoir de correction à l'égard des enfants dans le but de limiter, voire d'interdire les châtiments corporels, même si la violation de cette interdiction n'entraîne pas nécessairement une sanction pénale (cf. Recommandation no R [85] 4 du Conseil de l'Europe sur la violence au sein de la famille).

Or, force est de constater qu'actuellement, le code civil suisse (CC) ne dispose pas expressément que l'enfant, dans le cadre de son éducation, doit être protégé contre toute forme de violence physique et psychique. A ce sujet, il faut se souvenir que ce n'est qu'en 1978 que le législateur a abrogé l'art. 278 aCC, qui accordait expressément un droit de correction aux parents. A noter que le Conseil fédéral précisait, cependant, que les parents bénéficiaient toujours d'un droit de correction qui trouvait son fondement dans l'autorité parentale (message du Conseil fédéral du 5 juin 1974 concernant la révision du droit de la filiation, FF 1974 II 1ss, spéc. p. 78). En 1991, amené à se prononcer sur le cas d'un enseignant qui avait frappé un élève, le Tribunal fédéral (TF) déclarait encore que les gifles données à un enfant constituaient objectivement des voies de fait, mais qu'un droit de correction pouvait les justifier lorsque l'auteur avait agi dans un but éducatif (ATF 117 IV 14 consid. 4a). Enfin, dans un dernier arrêt de 2018, le TF a encore eu l'occasion de se pencher sur la question du droit de correction en laissant planer une ambiguïté sur la question en laissant entendre que les « corrections » restent admises lorsqu'elles ne dépassent pas certaines limites, par ailleurs mal définies (arrêt du TF 6B_1256/2016 du 21 février 2018, consid 1.3).

Aussi, le Gouvernement genevois salue, par principe, cette proposition de modification du code civil. Il s'agit, sans aucun doute, d'une avancée importante pour protéger les mineurs contre les châtiments corporels et d'autres acteurs dégradants en consacrant un droit à une éducation sans violence. Du point de vue de l'aide aux victimes, est également saluée la volonté du législateur de faire en sorte que les parents et les enfants puissent en premier lieu bénéficier de soutien pour gérer les conflits. Nous accueillons également très positivement le fait que le projet vise aussi les enfants exposés à de la violence entre leurs parents, admettant par-là l'impact que cette violence dirigée sur l'un des parents a sur le développement des enfants. Ce projet s'inscrit ainsi dans la tendance actuelle qui vise à mieux les protéger des violences conjugales, en leur reconnaissant le statut de victime directe.

Remarques concernant l'art. 302, al. 1, CC

D'un point de vue juridique, la formulation répond à l'exigence d'inscrire un droit à une éducation sans violence dans le CC. Il est clairement dit que les parents ne doivent ni utiliser de violence physique dans l'éducation ni recourir à la violence dégradante (dont fait partie la violence psychique).

Ce principe d'une éducation sans violence peut être lu comme un droit des enfants à une éducation sans violence. Néanmoins, il serait souhaitable de mentionner explicitement le droit des enfants à une éducation non-violente dans le texte de la loi. Ceci en lien avec l'indication que l'al. 1 de l'art. 302 CC reflète ce droit et correspond ainsi à l'article 11 de la Constitution fédérale.

Il est en outre important que le message précise, en effet, ce qu'il faut entendre par "autres formes de violences dégradantes". Elle comprend tout ce qui rabaisse l'enfant et porte atteinte à sa dignité - ce qui inclut toutes les formes de violences. Dans le message, il est précisé qu'à côté de la violence physique, la formulation englobe les autres formes de violences. Aussi, à côté des punitions corporelles, il est impératif de préciser que la norme englobe aussi la violence psychique, la négligence, la violence sexualisée, ainsi que l'exposition à la violence domestique. Cela garantirait une interprétation claire de la norme.

Sous l'angle répressif, l'art. 302 al. 1 CC exclut le recours à des châtiments corporels ou à d'autres formes de violence dégradante. Partant, trouvera une assise renforcée l'application de l'article 126 alinéa 2 lettre a du Code pénal suisse, du 21 décembre 1937 (CP), qui prévoit la poursuite d'office si l'auteur a agi à répétition reprises contre une personne, notamment un enfant, dont il avait la garde ou sur laquelle il devait veiller. Il en ira de même des articles 8 et suivants de la Loi genevoise sur les violences domestiques, du 16 septembre 2005 (LVD-GE), relatifs aux mesures d'éloignement pouvant être prononcées à l'encontre de l'auteur présumé d'actes de violence domestique.

Remarques concernant l'art. 302, al. 4 CC

Le Conseil d'Etat est favorable à l'ajout de l'al. 4 à l'art. 302 CC.

Certes, il existe déjà des offres de conseils cantonales pour les parents (conseils aux mères et aux pères); toutefois, une inscription dans le CC peut favoriser le développement nécessaire de ces services.

Par ailleurs, une fois cet office de consultation sur pied au plan cantonal, la police pourra, lors de prononcés de mesures d'éloignement, informer, voire contraindre les parents à consulter une institution habilitée à recevoir les auteurs présumés de violence domestique, comme le permet déjà l'article 10 LVD-GE, dont le champ d'application sera alors étendu.

Comme l'indique l'article 302 al. 4, les offres cantonales doivent également être accessibles aux enfants. Dans l'ensemble, le nouvel al. 4 est donc un complément important aux dispositifs de protection des enfants.

Enfin, le Conseil d'État estime qu'il est important de faire connaître ces nouveaux articles du code civil et ainsi de sensibiliser la population à une éducation sans violence des enfants.

Dans le rapport explicatif, le Conseil fédéral souligne à plusieurs reprises l'importance des campagnes de sensibilisation et de campagnes d'information. En effet, la nouvelle disposition légale doit être présentée à la population de manière appropriée et être communiquée de manière adéquate : La norme légale claire d'une éducation sans violence doit devenir une norme sociale et entraîner une diminution de la violence. La Confédération doit, par le biais de campagnes nationales, sensibiliser les détenteurs de l'autorité parentale à l'éducation sans violence. De leur côté, les cantons doivent en outre informer activement les détenteurs de l'autorité parentale et les enfants des offres de conseil et de soutien auxquels ils peuvent faire appel.

Monsieur Stéphane Montfort, directeur adjoint de l'office de l'enfance et de la jeunesse (stephane.montfort@etat.ge.ch / 022.388.55.89) est à votre disposition comme personne de contact en cas de besoin de précisions.

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

An das
Eidgenössische Justiz- und
Polizeidepartement (EJPD)

Glarus, 7. November 2023
Unsere Ref: 2023-170

Vernehmlassung i. S. Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)

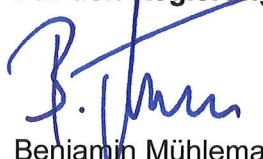
Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass seitens des Kantons Glarus die vorgesehenen Änderungen begrüsst werden.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

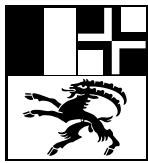
Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Benjamin Mühlemann
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- zz@bj.admin.ch



Sitzung vom

14. November 2023

Mitgeteilt den

14. November 2023

Protokoll Nr.

870/2023

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3004 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an:

zz@bj.admin.ch

Vernehmlassung EJPD - Änderung des Zivilgesetzbuchs (Gewaltfreie Erziehung)

Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. August 2023 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich in oben-
genannter Angelegenheit zu äussern. Nach Prüfung der entsprechenden Unterlagen
nehmen wir dazu wie folgt Stellung:

Mit dem neuen Art. 302 Abs. 1 des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (ZGB; SR 210)
wird die gewaltfreie Erziehung im ZGB verankert, was ein deutliches Signal des Ge-
setzgebers hinsichtlich des besonderen Schutzes der Unversehrtheit der Kinder und
Jugendlichen darstellt, wie es auch bereits in der Bundesverfassung verankert ist. Al-
lerdings bedauern wir die Ablehnung der Ergänzung der Bestimmung durch den Be-
griff der "psychischen Gewalt", zumal die Begründung, wonach es sich dabei um eine
schwierig mess- und definierbare Form von Gewalt handle, nicht überzeugt. Psychi-
sche Gewalt ist eine in der Praxis bewährte Begrifflichkeit, welche sich sehr wohl de-
finieren und zuordnen lässt, selbst wenn sie sich oft unter individuellen Umständen
manifestiert und zur Feststellung Fachwissen erforderlich ist.

Mit der zweiten Bestimmung in Art. 302 Abs. 4 ZGB werden die Kantone verpflichtet, für ein genügendes Beratungsangebot zu sorgen, welches Eltern und Kinder sowohl gemeinsam als auch einzeln bei Schwierigkeiten in der Erziehung in Anspruch nehmen können. Diese Bestimmung hat auch zum Ziel, bereits bestehende Beratungs- und Hilfsangebote für Eltern und Kinder auszubauen beziehungsweise den Zugang dazu zu verbessern, da nach Ansicht der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen (EKKJ) die Versorgung mit Beratungsangeboten, aufgrund regionaler Unterschiede, nicht überall gleichermassen gewährleistet sei. Im Kanton Graubünden besteht mit der Elternberatung für Familien mit Kindern bis fünf Jahre, den Beratungsstellen des schulpsychologischen Dienstes, der Sozialberatung in den Regionen sowie weiteren Beratungsangeboten von Gemeinden und Vereinen bereits ein breit gefächertes und niederschwelliges Angebot für Eltern, Kinder und Jugendliche. Des Weiteren bietet die Opferhilfe Graubünden anonyme und fachkompetente Beratungen für Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige bei Fällen von sexueller, physischer und psychischer Gewalt an.

Hinsichtlich der im Erläuternden Bericht erwähnten Sensibilisierungs- und Informationskampagnen stellt sich die Frage, wie die gewünschte Wirkung der neuen Regelung erzielt werden kann. In den Unterlagen sind keine Angaben ersichtlich, ob die Kampagnen beispielsweise durch den Bund koordiniert werden oder die Kantone in die Pflicht genommen werden.

In diesem Sinne erscheinen beide Bestimmungen der Vorlage sinnvoll und sind folglich zu begrüßen.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'P' followed by a series of loops and a final horizontal stroke.

Peter Peyer

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, featuring a series of sharp, angular strokes that form a stylized 'M' or 'W' shape.

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police
Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

en word et PDF et par courriel à : zz@bj.admin.ch

Delémont, le 19 décembre 2023

Modification du Code civil (Education sans violence)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation susmentionnée et il vous en remercie.

Il préavise favorablement le projet de modifications du Code civil proposé par le Conseil fédéral. Plus particulièrement, il salue le fait que « l'éducation sans violence » ne soit pas formulée comme une interdiction ni comme un droit de l'enfant mais bien comme un principe directeur de l'éducation de l'enfant par ses parents. La solution choisie, mettant l'accent sur le bien de l'enfant et sur l'aide appropriée à apporter aux parents et aux enfants concernés, respecte le but recherché par la motion. On ne parle plus de sanctions mais bien de prévention et d'accompagnement afin de permettre, à long terme, un changement de posture de certains parents.

Au surplus, le Gouvernement jurassien n'a pas de remarque particulière à formuler sur les modifications proposées et tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, il vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Jacques Gerber
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail
zz@bj.admin.ch

Luzern, 7. November 2023

Protokoll-Nr.: 1127

Änderung des Zivilgesetzbuches – Gewaltfreie Erziehung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 23. August 2023 haben Sie die Kantonsregierungen im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zum Vorentwurf für eine Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns im Namen und Auftrag des Regierungsrates wie folgt:

Wir begrüssen und unterstützen es, dass eine ausdrückliche Verankerung der gewaltfreien Erziehung auf Gesetzesstufe – und zwar wie vorgesehen – im Zivilgesetzbuch (ZGB) erfolgt. Als Teil bzw. Ergänzung der Bestimmung zur elterlichen Erziehung ist diese neue Norm in Art. 302 ZGB, konkret dem entsprechend erweiterten Absatz 1, an der richtigen Stelle verortet. Ebenfalls befürworten wir, dass diese gesetzliche Festschreibung der gewaltfreien Erziehung durch eine Regelung ergänzt wird, welche den Zugang für Eltern wie auch Kinder zu Stellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten bei Erziehungsschwierigkeiten gewährleistet. Der Fokus dieser Reform ist damit zu Recht programmatisch und präventiv auf die Verhinderung von Gewalt in der Erziehung sowie auf die Unterstützung und Hilfestellung für Eltern und Kinder bei der Bewältigung von Konfliktsituationen gerichtet.

Die gesetzliche Verpflichtung der Eltern zur gewaltfreien Erziehung erachten wir als wichtig für sämtliche Fachpersonen (z.B. schulische Fachpersonen, ausserfamiliäre Betreuungspersonen, Beistandspersonen etc.), welche Familien, in denen Gewalt ein Thema ist, beraten und mit ihnen zusammenarbeiten. Dies deshalb, weil die gesetzliche Verankerung der gewaltfreien Erziehung die Rechtslage klar zum Ausdruck bringt. Die Bestimmung dient nicht zuletzt der Prävention, da nun in Beratungen oder Sensibilisierungskampagnen auf eine Gesetzesbestimmung Bezug genommen werden kann.

Kern der Neuregelung ist die Schaffung einer neuen programmatischen Gesetzesbestimmung mit Leitbildcharakter, die als klares Signal des Gesetzgebers und Verdeutlichung der bereits bestehenden elterlichen Verpflichtung die Stärkung der Prävention zum Ziel hat. Vor diesem Hintergrund erachten wir die vorgeschlagene gesetzliche Umschreibung, was unter gewaltfreier Erziehung zu verstehen ist («ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen und anderen Formen entwürdigender Gewalt»), als zu eng. Sie fokussiert unseres Erachtens gerade mit Blick auf den programmatischen Charakter der Norm unnötigerweise und eher kontraproduktiv zu sehr auf den Gewaltbegriff. Gerade auch etwa unsere drei deutschsprachigen Nachbarländer sehen hier weiter gefasste, deutlich weniger auf den Gewaltbegriff fokussierende Formulierungen vor. Wird der Aspekt der «Entwürdigung» als Grundelement solcher bereits nach geltendem Recht unzulässigen Handlungen in den Vordergrund gestellt und zudem die teils schwierige Fassbarkeit des Gewaltbegriffs berücksichtigt, empfiehlt sich eine Anpassung des Gesetzesvorschlags des Art. 302 Abs. 1 ZGB wie folgt:

*«Die Eltern haben das Kind ihren Verhältnissen entsprechend zu erziehen und seine körperliche, geistige und sittliche Entfaltung zu fördern und zu schützen. Insbesondere haben sie das Kind ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen, **seelischen Verletzungen und anderen Formen der Entwürdigung** zu erziehen.»*

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Modification du code civil (Éducation sans violence) : ouverture de la procédure de consultation

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État vous remercie de l'avoir associé à la procédure de consultation relative au projet de modification de l'article 302 du code civil, prévoyant d'inscrire expressément dans la loi l'interdiction des châtiments corporels et autres actes dégradants à l'encontre des enfants.

Il n'est plus contesté aujourd'hui que la violence n'a pas sa place dans l'éducation d'un enfant. Les parents doivent assurer la sécurité, la protection et le soutien de leurs enfants, ainsi que leur transmettre les règles et les valeurs propres à leur permettre de s'insérer dans la société. Cela étant, la proposition de modification du code civil n'emporte pas la conviction du Conseil d'État quant à la nécessité d'inscrire dans la loi comment les parents doivent éduquer leurs enfants, avec en outre le risque d'attiser la peur d'un interventionnisme étatique.

Toutefois, conscient que la Suisse a été exhortée, sur le plan international, à légiférer en la matière, le Conseil d'État peut se rallier à la proposition de modification de l'alinéa 1.

Par contre, en l'état, le Conseil d'État s'oppose au nouvel alinéa 4 qui viendrait compléter l'article 302 du code civil. Dès lors qu'il vise la mise en place des offices de consultation en cas de difficultés, cet alinéa crée inévitablement de nouvelles obligations financières. Votre communication indique d'ailleurs : « Les offres d'aide et de conseil adressées aux parents comme aux enfants devront être étoffées. Elles existent déjà, mais leur nature et leur accessibilité varient d'une région à l'autre. Les cantons devront s'assurer qu'en cas de difficultés dans l'éducation, ces services sont suffisamment disponibles. L'objectif est de conseiller les parents et l'enfant à titre préventif et de les aider au besoin à surmonter un conflit ».

Or, le projet n'indique rien sur les moyens qui seront alloués aux cantons pour développer de telles offres. Il s'agit certainement d'un oubli et nous vous remercions d'y remédier sans quoi nous ne pouvons pas soutenir le nouvel alinéa 4 de l'article 302 du code civil.

En dernier lieu, comme souhaité, et en cas de besoin de précisions concernant la présente prise de position du Conseil d'État neuchâtelois, ce dernier vous laisse le soin de prendre contact directement avec M. Christian Fellrath, chef du service cantonal de protection de l'adulte et de la jeunesse (christian.fellrath@ne.ch ou 032 889 66 67).

En vous remerciant d'avoir pris connaissance de ce qui précède, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 15 novembre 2023

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND





KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössische Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 21. November 2023

Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung). Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 23. August 2023 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderem bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren in Sachen Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung). Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Der Kanton Nidwalden begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches zu gewaltfreier Erziehung. Wir verweisen auf unsere nachfolgende Begründung.

1 Begründung

1.1 Einleitende Bemerkungen

Die Förderung einer gewaltfreien Erziehung ist von grosser Bedeutung für unsere Gesellschaft. Wir begrüssen daher die vorgeschlagene Änderung des Zivilgesetzbuches durch den Bundesrat, welche die gewaltfreie Erziehung gesetzlich verankern soll und so einen wichtigen Schritt in Richtung einer gewaltfreien Erziehung darstellt. Sie zeigt deutlich, dass Gewalt gegenüber Kindern in keiner Form toleriert wird und leistet einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Kindesmisshandlung.

Die neue Regelung macht klar, dass körperliche Bestrafungen und andere Formen erniedrigender Gewalt in der Erziehung nicht akzeptabel sind. Sie dient als klares Signal des Gesetzgebers und verdeutlicht die bereits bestehende elterliche Verpflichtung zur gewaltfreien Erziehung. Dies kann dazu beitragen, das Bewusstsein für diese Thematik zu schärfen und die Akzeptanz von Gewalt in der Erziehung weiter zu senken.

Darüber hinaus wird die Gesetzesänderung begrüsst, da der Bundesrat die Prävention stärken möchte, indem er Eltern in ihrer Erziehungskompetenz unterstützt und gewaltfreie Alternativen aufzeigt und auch eine Verbesserung des Zugangs zu Erziehungsberatungsstellen vorsieht. Dies ist eine wichtige flankierende Massnahme, die Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe unterstützen und dazu beitragen kann, Konflikte ohne Gewalt zu lösen.

Die Gesetzesänderung stellt somit einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Kindeswohls und zur Stärkung der elterlichen Kompetenzen dar. Sie ist ein Zeichen dafür, dass die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen ernst nimmt und sich für den Schutz von Kindern vor Gewalt einsetzt.

Die Verankerung des Rechts auf gewaltfreie Erziehung im ZGB wird insbesondere aufgrund der nachfolgenden Punkte begrüsst und unterstützt:

- **Gewalt in der Erziehung ist noch weit verbreitet**

Die Notwendigkeit des neuen Gesetzesartikels ist klar: Studien zeigen, dass körperliche und psychische Gewalt an Kindern in der Schweiz weiterhin Teil des Alltags ist. Fast 50% aller Kinder in der Schweiz erleben zu Hause körperliche und/oder psychische Gewalt.

- **Gewalt in der Erziehung hat nur negative Effekte**

Es ist wissenschaftlich belegt, dass Gewalt in der Erziehung nur negative und zum Teil langanhaltende Folgen für die betroffenen Kinder hat. Psychische und physische Gewalt erschüttern das Vertrauen des Kindes und seine Beziehung zu den Eltern, erhöhen das Risiko für psychische Probleme, geringeres Selbstvertrauen sowie für verminderte kognitive Fähigkeiten, um nur einige der negativen Folgen zu nennen.

- **Kinder haben den Anspruch auf einen umfassenden Schutz vor allen Formen von Gewaltanwendung, insbesondere in der Erziehung**

Dieser Anspruch liegt in der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) begründet; die Schweiz ratifizierte diese im Jahr 1997. Artikel 19 verpflichtet die Vertragsstaaten, alle geeigneten Gesetzgebungs- und weiteren Massnahmen zu treffen, um das Kind u.a. vor jeder Form körperlicher oder psychischer Gewaltanwendung, vor Verwahrlosung oder Ausbeutung einschliesslich des sexuellen Missbrauchs zu schützen.

- **Die Verankerung der gewaltfreien Erziehung im ZGB ist ein starkes Signal**

Für den gesellschaftlichen Weg hin zum Schutz des Kindes vor allen Formen der Gewalt ist die Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch richtig, da damit deutlich gezeigt wird, dass jegliche Gewalt als Mittel der Erziehung nicht zu rechtfertigen ist. Studienergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung: Zwar werden Körperstrafen zunehmend als nicht gesetzeskonform betrachtet, doch hält beispielsweise noch immer ein Drittel der Sorgeberechtigten Schläge auf den Hintern für erlaubt. Auch bezüglich psychischer Gewalt bieten geltende Normen den Sorgeberechtigten wenig Klarheit. Es braucht ein klares gesetzgeberisches Signal, dass jegliche Form von Gewalt in der Erziehung keinen Platz hat.

- **Eltern und Kinder brauchen einen niederschweligen Zugang zu Stellen mit Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten**

Mehrheitlich reagieren Sorgeberechtigte aus einer Überforderung heraus mit Gewalt in der Erziehung. Fachlich kompetente und niederschwellig zugängliche Beratungsstellen und Entlastungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag bei der Unterstützung von Eltern und helfen dadurch, Gewalt in der Erziehung zu verhindern. Auch der Elternbildung kommt eine grosse Bedeutung zu.

2 Hinweise zu den einzelnen Bestimmungen

2.1 Zu Art. 302 Abs. 1 ZGB

Aus juristischer Sicht erfüllt die Formulierung die Forderung, dass ein Recht auf gewaltfreie Erziehung im ZGB verankert wird. Es wird klar gesagt, dass Eltern in der Erziehung keine

körperliche Gewalt und keine entwürdigende Gewalt (worunter die psychische Gewalt fällt), anwenden dürfen. Dieses Gebot einer Erziehung ohne Gewalt kann als Recht der Kinder auf gewaltfreie Erziehung gelesen werden.

Wichtig ist zudem, dass in der Botschaft (analog zum erläuternden Bericht) ausgeführt wird, was unter der Bezeichnung «andere Formen entwürdigender Gewalt» zu verstehen ist. Sie umfasst alles, was das Kind herabsetzt und in seiner Würde verletzt, was alle Formen von physischer und psychischer Gewalt einschliesst.

Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern zeigen, dass die Kombination einer gesetzlichen Verankerung der gewaltfreien Erziehung und entsprechenden Sensibilisierungs- und Präventionsmassnahmen zu einer Verringerung der Gewalt gegen Kinder führen.

2.2 Zu Art. 302 Abs. 4 ZGB

Die Ergänzung von Artikel 302 ZGB durch Abs. 4 wird begrüsst. Gewalt der Sorgeberechtigten gegenüber ihren Kindern hat ihren Ursprung oft in einer Überforderung, die zu Verunsicherung, Frustration und letztlich verletzendem Verhalten führt. Die bedarfsgerechte Unterstützung der Sorgeberechtigten ist entscheidend für die Prävention vor Gewalt. Die Unterstützung und Förderung der Erziehungskompetenz im Rahmen der gewaltfreien Erziehung trägt zur Stärkung des einvernehmlichen (freiwilligen) Kindesschutzes bei. Mit dessen Stärkung (in Form von Beratungs-, Hilfs- und Unterstützungsangeboten) ist in der Folge eine Entlastung des behördlichen Kindesschutzes erwartbar.

In der vorliegenden Fassung des neuen Abs. 4 werden lediglich «Beratungsstellen» erwähnt, doch sind für die Gewaltprävention auch weitere Formen der Unterstützung von Sorgeberechtigten (wie z.B. Elternbildung oder Entlastungsangebote) wertvoll. Diese sollen im Gesetzestext im Abs. 4 unter einem allgemeinen Begriff ebenfalls Erwähnung finden. Der vorgeschlagene Gesetzestext könnte folgendermassen ergänzt werden: «Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Eltern und das Kind gemeinsam oder einzeln bei Schwierigkeiten in der Erziehung an Beratungsstellen wenden und weitere Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen können.»

3 Weiteres Vorgehen

Im erläuternden Bericht betont der Bundesrat mehrmals die Wichtigkeit von Sensibilisierungs- und Aufklärungskampagnen. In der Tat muss die neue gesetzliche Regelung der Bevölkerung in geeigneter Weise vermittelt werden: Die klare gesetzliche Norm einer Erziehung ohne Gewalt soll zu einer gesellschaftlichen Norm werden und zu einer Senkung der Akzeptanz von Gewalt in der Erziehung führen. Der Bund soll mit nationalen Kampagnen Sorgeberechtigte für die gewaltfreie Erziehung sensibilisieren. Weiter sollen die Kantone Sorgeberechtigte und Kinder aktiv auf Beratungs- und Unterstützungsangebote hinweisen, welche sie in Anspruch nehmen können.

Die Erklärung der Verankerung der gewaltfreien Erziehung in Artikel 302 ZGB sollte für die Bevölkerung verständlich sein. Eltern müssen nachvollziehen können, warum die rechtliche Verankerung im ZGB im Gegensatz zum Strafgesetzbuch die Prävention stärkt und nicht die staatlichen Sanktionsmöglichkeiten betont. Laut dem Vernehmlassungsdokument (Seite 11) liegt der Fokus auf Sensibilisierung und Unterstützung, nicht auf Bestrafung und Kriminalisierung der Eltern, immer mit dem Ziel, die Situation des Kindes zu verbessern. Dies mag für Fachleute klar sein, aber die Bevölkerung könnte es als Bevormundung und Belastung empfinden. "Jetzt dürfen wir nicht einmal mehr mit den Kindern schimpfen! Was wird uns der Staat als Nächstes vorschreiben?" könnte die allgemeine Stimmung sein.

Die Kantone müssen Wege finden, um das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen zu stärken. Dies ist besonders wichtig in jenen Kantonen, in denen sowohl die KESB-Dienstleistungen als auch Beratungsdienste angeboten werden, wie es im Kanton Nidwalden

der Fall ist. Es muss insbesondere geprüft werden, wie Kindern der Zugang zu Beratungsstellen erleichtert werden kann. Es wäre hierzu zu begrüßen, wenn der Bund Beispiele aus anderen Ländern mit ähnlichen Ansätzen zur Verfügung stellen könnte.

4 **Fazit**

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und spricht sich für die vorgeschlagene Änderung aus.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Michèle Blöchliger
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- zz@bj.admin.ch



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per Mail an:
zz@bj.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4734
Unser Zeichen: ks

Sarnen, 23. November 2023

**Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung);
Stellungnahme.**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Für die Einladung zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden begrüsst die Vorlage im Grundsatz. Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) vom 17. November 2023, welcher wir uns vollumfänglich anschliessen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Christoph Amstad
Regierungsrat

Beilage:
- Stellungnahme der SODK vom 17. November 2023

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Gerichte
- Kantonspolizei
- Amt für Justiz
- Sozialamt
- Staatsanwaltschaft
- Staatskanzlei (Kommunikation)

Per Mail an: zz@bj.admin.ch

Bern, 17. November 2023

Reg.: jba – 8.52

Stellungnahme der SODK im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)¹

Die französische Version ist massgebend.

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) dankt Ihnen bestens für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung).

Die SODK begrüsst die Vorlage für die Gesetzesrevision, mit welcher der Grundsatz der gewaltfreien Erziehung explizit im Gesetz verankert werden soll. Sie ist der Meinung, dass die Schweiz mit dieser Revision **die Grauzone des geltenden Rechts verlässt um den Kindern und Jugendlichen künftig klar ein Recht auf eine gewaltfreie Erziehung zu garantieren**. Jede Erfahrung von Gewalt verursacht Leid und ist eine Verletzung der körperlichen und psychischen Integrität von Kindern. Während derzeit sowohl das Zivil- als auch das Strafgesetzbuch erst zum Zug kommen, wenn die Gewalt bereits stattgefunden hat, wird diese neue klare Leitlinie Erziehenden und Fachpersonen, die sich darauf beziehen können, als Orientierung dienen. Sie wird ein starkes Zeichen gegen Gewalt in der Erziehung setzen.

Bei der vernehmlassten **Änderung von Artikel 302 Absatz 1 ZGB** ist der Vorstand SODK, der den Vorschlag im Detail diskutiert hat, der Ansicht, dass die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes der gewaltfreien Erziehung im Gesetz **als Recht des Kindes** formuliert werden sollte. Eine solche Formulierung könnte beispielsweise lauten: «Kinder haben das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung, die ohne körperliche Bestrafung und jegliche andere Form von Gewalt auskommt.» Damit würde Artikel 302 Absatz 1 ZGB dem Anspruch auf Schutz der körperlichen und psychischen Integrität entsprechen, der in Artikel 11 BV² sowie Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 19 KRK verankert ist. Nach Ansicht des Vorstands SODK würde diese Formulierung die Stellung des Kindes als Rechtssubjekt stärken. Die Meinung des Bundesrates, wonach eine solche Formulierung zusätzliche Komplikationen verursachen und als individuell durchsetzbarer Anspruch des Kindes verstanden werden könnte, teilt der Vorstand SODK nicht. Ob eine Erwähnung des Rechts in Artikel 302 Absatz 1 ZGB dem Anliegen dienen würde, sollte in einer neuen rechtlichen Analyse geklärt werden. Schliesslich sind einige Mitglieder der SODK der Ansicht, dass man sogar noch weiter gehen sollte, indem man ein Recht des Kindes auf eine gewaltfreie Erziehung basierend auf dem Kindeswohl in allen Lebensbereichen in das Gesetz aufnimmt.

Die Plenarversammlung SODK fordert ausserdem, dass in der Botschaft des Bundesrates zu dieser Vorlage die Formen von Gewalt, denen das Kind ausgesetzt sein kann³, explizit aufgeführt werden und

¹ Die französische Version ist massgebend.

² Im Französischen ist Artikel 11 BV als «droit» formuliert, während die deutsche Version lautet: «Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf [...]».

³ Unter Bezugnahme auf Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (Kinderrechtskonvention, KRK), der besagt: «Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmassnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschliesslich des sexuellen Missbrauchs zu schützen, solange es sich in der Obhut der Eltern oder eines Elternteils, eines Vormunds oder anderen gesetzlichen Vertreters oder einer anderen Person befindet, die das Kind betreut.»

ausdrücklich erwähnt wird, dass **psychische Gewalt** heute in der Schweiz die am weitesten verbreitete Form der Gewalt in der Erziehung ist⁴.

Insgesamt ist die SODK überzeugt, dass die Anstrengungen zur Prävention von Gewalt in der Erziehung – die in der Schweiz auch heute noch weit verbreitet ist⁵ – verstärkt werden müssen. Die Einführung dieser neuen Norm sollte daher zum Anlass genommen werden, die Prävention, die Sensibilisierung und die Information zu verstärken. Die SODK bedauert deshalb, dass der Bund keine Massnahmen vorgesehen hat, um die Einführung dieser neuen Gesetzesbestimmungen zu begleiten. Und dies, obwohl im erläuternden Bericht erwähnt wird, dass begleitende Sensibilisierungs- und Informationskampagnen entscheidend sind⁶.

In seinen Empfehlungen für die Schweiz 2021 hat der UN-Kinderrechtsausschuss unser Land dazu aufgefordert, unverzüglich eine Bestimmung in die Gesetzgebung einzuführen, die körperliche Züchtigung in allen Bereichen (darunter zu Hause, in der Schule, in Kinderbetreuungseinrichtungen, in alternativen Schutzeinrichtungen und in Justizvollzugsanstalten) ausdrücklich verbietet, und genügend Ressourcen bereitzustellen für Sensibilisierungskampagnen, die positive, gewaltfreie und partizipative Formen der Kindererziehung und Disziplin fördern und die negativen Folgen von körperlicher Züchtigung aufzeigen. Die vom Ausschuss verwendete Formulierung lässt darauf schliessen, dass er die zuvor genannten Empfehlungen als hochprioritär einstuft. Nach Ansicht der SODK sollten seine Empfehlungen ernst genommen und Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt in der Erziehung vorgesehen werden. Dabei liegt der Mehrwert des Grundsatzes der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch gerade in seiner Bedeutung für die Prävention.

Nach Ansicht der SODK braucht es daher **ein zwischen Bund und Kantonen koordiniertes Vorgehen auf nationaler Ebene, um die Prävention, die Sensibilisierung und die Information rund um diese Problematik zu fördern** – umso mehr als die Studien ausdrücklich darauf hinweisen, dass ein Verbot von Gewalt in der Erziehung allein nicht ausreicht, um die Fallzahlen zu senken. In den letzten Jahren haben Bund und Kantone in verschiedenen Bereichen beispielhaft zusammengearbeitet – man denke etwa an die Bekämpfung häuslicher Gewalt. Diese Aktivitäten könnten hier als Inspiration dienen. Die SODK fordert daher den Bund auf, in Zusammenarbeit mit den Kantonen parallel zum Inkrafttreten der Gesetzesrevision eine Reihe von Massnahmen vorzusehen, um gleichzeitig sowohl die Inhaberinnen und Inhaber der elterlichen Sorge für eine gewaltfreie Erziehung als auch die Kinder und Jugendlichen für ihre Rechte zu sensibilisieren. Zudem ist auch die Fachwelt regelmässig zu informieren.

Die SODK begrüsst grundsätzlich die **Ergänzung von Artikel 302 ZGB mit einem Absatz 4**. Dies trägt effektiv zur Verdeutlichung bei, dass diese neuen Normen den Fokus präventiv auf das Wohl des Kindes und die Hilfestellungen für Eltern und Kinder in Konfliktsituationen richten. Der Vorstand SODK schlägt allerdings den folgenden Zusatz vor: *«Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Eltern und das Kind bei Schwierigkeiten in der Erziehung gemeinsam oder einzeln an Beratungsstellen wenden und andere Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen können.»* Sie ist nämlich überzeugt, dass die Prävention von Gewalt in der Erziehung über unterschiedliche Massnahmen erfolgt, die sich nicht auf den Zugang zu Beratungsstellen beschränken. Auch andere Formen der Unterstützung, wie etwa Elternbildungskurse, sind sehr sinnvoll.

Zudem erachtet es die SODK als notwendig, dass in der Botschaft ausgeführt wird, auf welche Arten von Strukturen sich der Begriff «Beratungsstellen» bezieht. In diesem Zusammenhang erscheint ihm wichtig, dass diese Beratungsstellen zum Dispositiv im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und nicht des Kinder- und Jugendschutzes gehören. Auch ist vorzusehen, dass diese Angebote Kindern und Jugendlichen direkt zugänglich sind, das heisst ohne die Zustimmung der Inhaberin oder des Inhabers der elterlichen Sorge. Im Übrigen setzt die SODK derzeit ein Projekt um, in dessen Rahmen voraussichtlich

⁴ Eine kürzlich durchgeführte Studie der Universität Freiburg, die das Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz untersuchte und eine wissenschaftliche Begleitung der Präventionskampagne «Starke Ideen – Es gibt immer eine Alternative zu Gewalt» von Kinderschutz Schweiz lieferte, kam zum Schluss, dass es durchschnittlich etwa in jeder Schulklasse ein Kind gibt, das regelmässig körperlich bestraft wird, und dass jedes vierte Kind regelmässig psychische Gewalt erfährt (siehe SCHÖBI BRIGITTE, HOLMER PAULINE, RAPICAULT ANGELA, SCHÖBI DOMINIK, *Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz. Eine wissenschaftliche Begleitung der Präventionskampagne «Starke Ideen – Es gibt immer eine Alternative zur Gewalt»*, Institut de recherche et de conseil dans le domaine de la famille, Université de Fribourg, 2020 [SCHÖBI ET AL. 2020]).

⁵ Vgl. Fussnote 4

⁶ Vgl. insbesondere S. 3 und S. 10 des erläuternden Berichts zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)

2025 eine zentrale Telefonnummer für Opfer eingeführt wird. Dies wird sehr wahrscheinlich ein Türöffner sein, sodass sich auch junge Opfer von Gewalt in der Familie Hilfe holen können.

Weiter verlangt der Vorstand SODK, dass in der Botschaft präzisiert wird, welche Aufgaben von den Kantonen in Zusammenhang mit der Einführung dieser Ergänzung erwartet werden, und dass die allfälligen, namentlich finanziellen Auswirkungen für die Kantone ausgewiesen werden. Heute ist nämlich die Bereitstellung von Beratungsangeboten für Kinder und Familien in manchen Kantonen eine kommunale Aufgabe, die nicht in jedem Fall vom Kanton finanziell unterstützt wird.

Um schliesslich in Erfahrung bringen zu können, wie das bestehende Angebot erweitert werden müsste, und damit griffige Massnahmen getroffen werden, die den konkreten Bedürfnissen entsprechen, wären nach Ansicht der SODK Daten zu den bestehenden Angeboten in den Kantonen und zur Nutzung dieser Leistungen erforderlich. So könnten allfällige Lücken im bestehenden Hilfsangebot identifiziert werden. Diese Daten fehlen heute schweizweit. Die Optimus-Studie 3⁷ zur Kindeswohlgefährdung in der Schweiz hatte gezeigt, dass zwar viele Kantone bereits über ein gut ausgebautes Netz von Unterstützungsangeboten verfügen, aber aufgrund grosser Unterschiede beim Hilfsangebot nicht alle betroffenen Kinder und Eltern überall die gleiche Unterstützung erhalten. Die Erhebung von Informationen zu diesem Thema wäre aus Sicht der SODK ein wichtiger Schritt, um die Umsetzung von Artikel 302 Absatz 4 ZGB zu unterstützen. Da es sich um ein umfangreiches Vorhaben handelt und eine solche Datenerhebung nur sinnvoll wäre, wenn sie auf nationaler Ebene erfolgt, würde die SODK eine Unterstützung durch den Bund begrüssen, beispielsweise durch die Kofinanzierung einer entsprechenden Studie.

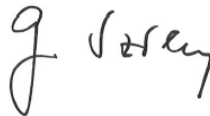
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Die Präsidentin



Nathalie Barthoulot
Regierungsrätin

Die Generalsekretärin



Gaby Szöllösy

⁷ Kindeswohlgefährdung in der Schweiz. Formen, Hilfen, fachliche und politische Implikationen. 2018. Siehe: <https://www.hslu.ch/de-ch/soziale-arbeit/themen/kin-des-und-erwachsenenschutz/optimus3/?sourceurl=/optimus3?>



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 13. November 2023

**Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement: Änderung des Zivilgesetzbuches
(Gewaltfreie Erziehung); Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 23. August 2023 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung.

Wir begrüssen die Schaffung einer Grundsatznorm, welche die gewaltfreie Erziehung im Zivilgesetzbuch (SR 210; abgekürzt ZGB) verankert. Auch wenn die geltenden gesetzlichen Regelungen das Recht auf eine gewaltfreie Erziehung bereits garantieren, kann die explizite Verankerung im ZGB dem Grundsatz zusätzlich Nachdruck und Bedeutung verleihen. Wir begrüssen auch die flankierende Massnahme, die niederschwelligen Beratungs- und Hilfsangebote für die Eltern und Kinder auszubauen.

Handlungsspielraum bei der kantonalen Umsetzung sicherstellen

Den Kantonen ist bei der Umsetzung die grösstmögliche Freiheit einzuräumen. Daher ist im konkretisierenden Abschnitt im erläuternden Bericht auszuführen, dass eine kantonale Freiheit in der Umsetzung besteht und eine Delegation von Aufgaben an die kommunale Ebene möglich ist.

Umfassendere Umschreibung

Aus fachlicher Sicht ist zu begrüssen, dass sowohl der Zugang seitens Eltern als auch seitens Kinder verankert wird. Nebst unterschiedlichen Erziehungsvorstellungen ist Überforderung ein zentraler Auslöser von Gewalt in der Erziehung. Nebst Erziehungsberatungsstellen kommt verschiedenen weiteren Unterstützungsangeboten wie Entlastungsangeboten oder der Elternbildung eine zentrale Rolle in der Prävention und Früherkennung zu. In Bezug auf den Zugang zu Angeboten für Kinder und Jugendliche weiterhin wichtig sind etwa die Schulsozialarbeit, die Kinder- und Jugendarbeit, die Beratung und Hilfe 147 sowie Notunterkünfte für Kinder und Jugendliche. Es sind entsprechende Ergänzungen in der Botschaft angezeigt, um die Bedeutung dieser verschiedenen Unterstützungsformen zu betonen.



Volkswirtschaftlichen Nutzen aufzeigen

Entgegen der Aussage des Berichts des Bundesrates in Abschnitt 5.3 kann mit Blick auf die Forschung zu Auswirkungen von Gewalt an Kindern und Jugendlichen dieser Vorlage durchaus ein positiver Nutzen auf die Volkswirtschaft zugeschrieben werden. Im Rahmen von Forschungen zu Auswirkungen von belastenden Kindheitserlebnissen (zum grossen Teil verschiedene Formen der Gewalt in der Erziehung) wurden mitunter auch Kosten von längerfristigen gesundheitlichen Beeinträchtigungen (z.B. zwölfmal erhöhtes Risiko für einen Suizidversuch, siebenfache Wahrscheinlichkeit für Alkoholismus) geschätzt. So kommt eine Studie für die Schweiz¹ zum Ergebnis, dass sich die Kosten, die auf belastende Kindheitserlebnisse und deren negativen Folgen zurückzuführen sind, auf 2,9 Prozent des BIP belaufen. Die Effekte dieser Vorlage zu beziffern ist kaum möglich, positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft sind dennoch auf Basis des aktuellen Forschungsstands zu erwarten, was in der Botschaft Erwähnung finden sollte.

Nationale Kampagnen als Unterstützung

Die Vorlage unterstreicht die Bedeutung von Sensibilisierungs- und Aufklärungsmassnahmen, weist aber keine Auswirkungen auf den Bund aus. Aus unserer Sicht wären nationale Kampagnen zum Thema gewaltfreie Erziehung wichtige Massnahmen, um die Sichtbarkeit der Problematik zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung

Stefan Kölliker
Präsident



Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
zz@bj.admin.ch

¹ K. Hughes et al., Health and financial costs of adverse childhood experiences in 28 European countries: a systematic review and meta-analysis, Lancet Public Health 2021 (6).

Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@sh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD

per E-Mail an zz@bj.admin.ch

Schaffhausen, 31. Oktober 2023

Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung); Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. August 2023 haben Sie uns den Vorentwurf in obgenannter Angelegenheit zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und nehmen dazu gerne Stellung.

Wir begrüssen die Verankerung des Schutzes von Kindern vor Gewalt in der Erziehung im Kinderschutz sehr. Im Einzelnen haben wir folgende Bemerkungen:

In Abs. 4 werden lediglich "Beratungsstellen" erwähnt. Für die Gewaltprävention sind jedoch auch weitere Formen der Unterstützung von Sorgeberechtigten (wie z.B. Elternbildung oder Entlastungsangebote) wertvoll. Diese sollten unter einem allgemeinen Begriff ebenfalls Erwähnung finden. Wir regen an, den Gesetzestext wie folgt zu ergänzen:

"Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Eltern und das Kind gemeinsam oder einzeln bei Schwierigkeiten in der Erziehung an Beratungsstellen wenden und weitere Unterstützungsangebote in Anspruch nehmen können."

Wir vertreten ferner die Ansicht, dass die "psychische Gewalt" als besondere Form der Gewalt in der Erziehung explizit im Gesetzestext erwähnt werden sollte. Da es sich um die häufigste Form von Gewalt in der Familie handelt, sollte klar zum Ausdruck gebracht werden, dass die Erziehung nicht nur frei von physischer, sondern auch von psychischer Gewalt erfolgen soll. Es ist zwar richtig, dass es sich bei der "psychischen Gewalt" um eine schwierig messbare und

definierbare Form von Gewalt handelt. Allerdings ist auch die Formulierung "andere Formen entwürdigender Gewalt" schwer definierbar, zumal darunter gemäss Erläuterndem Bericht gerade auch die psychische Gewalt zu subsumieren sei (vgl. Erläuternder Bericht, S. 12). Da dieser Artikel einen programmatischen Charakter hat, sollte nicht darauf verzichtet werden, die "psychische Gewalt" ausdrücklich zu nennen, um in der Gesellschaft eine Änderung im Gewaltverständnis sowie in den Verhaltensweisen zu bewirken.

Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:



Dino Tamagni

Der Staatsschreiber:



Dr. Stefan Bilger



Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Justiz- und Poli-
zeidepartement EJPD
Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Privatrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

20. November 2023

Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für Ihr Schreiben vom 23. August 2023, mit welchem Sie uns einladen, zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) eine Stellungnahme abzugeben. Wir lassen uns wie folgt vernehmen:

Der Kanton Solothurn begrüsst und unterstützt die Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch. Die geplante Änderung setzt ein richtiges, wichtiges und starkes Signal und unterstützt präventive Massnahmen im Bereich der gewaltfreien Erziehung. Im Weiteren wird mit der geplanten Änderung die in der UNO-Kinderrechtskonvention (Art. 19) geregelte Verpflichtung der Vertragsstaaten umgesetzt, alle geeigneten Gesetzgebungs- und weiteren Massnahmen zu treffen, um das Kind u.a. vor jeder Form körperlicher oder psychischer Gewaltanwendung, vor Verwahrlosung oder Ausbeutung, einschliesslich des sexuellen Missbrauchs, zu schützen. Mit der vorgeschlagenen gesetzessystematischen Einordnung werden die Rolle und die Aufgaben der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden richtigerweise nicht tangiert.

Zu Absatz 1:

Die Gesetzesvorlage schafft die Gelegenheit, die gewaltfreie Erziehung explizit als Recht des Kindes zu verankern. Im erläuternden Bericht wird darauf hingewiesen, dass darauf wegen möglicher Interpretationen, wonach ein solcher Rechtsanspruch «als individueller und durchsetzbarer Anspruch des Kindes verstanden werden könnte», verzichtet werde. Diese Begründung ist in zweierlei Hinsicht nicht nachvollziehbar: Erstens ist gestützt auf Artikel 11 der Bundesverfassung die Stellung des Kindes als Rechtssubjekt zu stärken. Die gesetzliche Verankerung eines Rechtsanspruchs des Kindes ist somit angezeigt und würde auch der Interpretation und Umsetzung des Völkerrechts (Kinderrechtskonvention) in anderen westlichen Staaten entsprechen. Zweitens hat der Bundesrat die Aufgabe, den Inhalt der vorgeschlagenen Gesetzesnormen entsprechend auszuführen. Vorliegend kann ein Rechtsanspruch des Kindes dahingehend umschrieben werden, dass die Norm – in bewusster Abgrenzung zum zivilrechtlichen Kindesschutz – Signalwirkung haben und insbesondere auf eine Bewusstseinsänderung der Eltern hingewirkt werden soll. Was der Bundesrat mit der Aussage zu einem anderen, im Konjunktiv formulierten Verständnis einer solchen Regelung bezwecken will, erschliesst sich uns nicht. Daher beantragen wir, Absatz 1 in einen Rechtsanspruch des Kindes umzuformulieren und im Bericht den inhaltlichen Gehalt klar

zu umreissen.

Zu Absatz 4:

Der Kanton Solothurn begrüsst grundsätzlich die Verpflichtung der Kantone, Eltern und Kindern bei Schwierigkeiten in der Erziehung geeignete Angebote zur Verfügung zu stellen. Bei der Umsetzung in den einzelnen Kantonen sollen die historisch gewachsenen lokalen Strukturen und Besonderheiten berücksichtigt werden. Im Weiteren können bei Schwierigkeiten in der Erziehung nicht nur Beratung, sondern auch weitere Angebote wie beispielsweise Weiterbildungen, Trainings oder Entlastungsangebote hilfreich sein. Wir schlagen deshalb vor, Artikel 302 ZGB Absatz 4 mit dem Zusatz «und weitere Unterstützungsangebote» zu ergänzen.

Im Übrigen bedauert der Kanton Solothurn, dass keinerlei Massnahmen vorgesehen werden, um die Wirkung der Einführung der neuen Bestimmungen zur gewaltfreien Erziehung zu verstärken. In diesem Sinne unterstützen wir die auch vom Vorstand SODK gestellte Forderung, wonach es zwischen Bund und Kantonen ein koordiniertes, langfristiges Vorgehen auf nationaler Ebene braucht um die Prävention, die Sensibilisierung und die Information rund um diese Problematik zu fördern. Insbesondere ist bedauerlich, dass die Einführung dieser neuen Gesetzesbestimmungen nicht durch eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne begleitet wird.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, bedanken wir uns bestens.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Brigit Wyss
Frau Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern
zz@bj.admin.ch

Schwyz, 7. November 2023

Änderung Zivilgesetzbuch (Gewaltfreie Erziehung)

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 23. August 2023 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) zur Vernehmlassung bis 23. November 2023 unterbreitet.

Nachdem das sogenannte Züchtigungsrecht im Jahr 1978 abgeschafft wurde, ist nach geltendem Recht Gewalt gegenüber Kindern im Rahmen der elterlichen Erziehung nicht erlaubt. Die bestehenden Gesetzesbestimmungen sowie das Kinder- und Jugendhilfesystem und entsprechende Sensibilisierungsmassnahmen schützen Kinder richtigerweise vor Gewalt in der Familie. Gemäss Entwurf soll die in Art. 302 ZGB geregelte Erziehungspflicht der Eltern in zwei Punkten ergänzt werden. In einem ersten Punkt werden die Eltern mit einer neuen Bestimmung ausdrücklich dazu verpflichtet, das Kind ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen und anderen Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen. Zur Unterstützung der Umsetzung soll in einem zweiten Punkt im Sinne einer flankierenden Massnahme zusätzlich eine Regelung zur Förderung und Verbesserung des Zugangs zu Erziehungsberatungsstellen aufgenommen werden.

Der Kanton Schwyz stimmt der Vorlage zu.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Frau Bundesrätin, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:



André Rüegsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Frau Elisabeth Baume-Schneider
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 14. November 2023
623

Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)

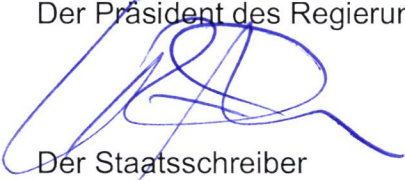
Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme zum Entwurf für eine Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB; SR 210) betreffend gewaltfreie Erziehung und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind. Unseres Erachtens hat sich der Staat in dieser Frage auf die gesetzgeberische Ebene zu beschränken. Eine behördliche Erziehung der Erziehungsberechtigten ist nicht angezeigt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates


Der Staatsschreiber



Numero
5294

fr

0

Bellinzona
8 novembre 2023

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia
e polizia
3003 Berna

*Invio per posta elettronica (sia in formato
Word che in formato PDF):*
zz@bj.admin.ch

Modifica del Codice civile (Educazione non violenta): procedura di consultazione del 23 agosto 2023

Gentile Consiglieria federale, sig.ra Elisabeth Baume-Schneider,

vi ringraziamo per averci coinvolto nella procedura di consultazione sulla modifica del Codice civile relativa al tema dell'educazione non violenta e di seguito vi formuliamo le nostre considerazioni.

Il nostro Cantone, sentite le autorità e i servizi preposti alla protezione dei minori e al sostegno del ruolo genitoriale, saluta favorevolmente l'inserimento nel Codice civile di un esplicito divieto legale delle punizioni corporali e di altri trattamenti degradanti, nonché del diritto a un'educazione non violenta.

A tale scopo, vi ricordiamo la lettera indirizzata al Consiglio Federale il 22 settembre 2021, tramite la quale lo scrivente Consiglio vi invitava, sulla scorta dei contenuti di uno specifico messaggio governativo approvato dal Gran Consiglio ticinese nel mese di giugno 2021, a sottoscrivere l'Appello di Berna e dare così avvio all'iter per le modifiche legislative necessarie per l'inserimento del divieto delle punizioni corporali nel Codice civile svizzero.

Ci fa quindi molto piacere, che il Consiglio federale abbia aggiornato il suo parere, seguendo la decisione delle Camere federali e gli auspici della società civile.

La proposta di modifica messa in consultazione rappresenta un passo decisivo nella prevenzione dei maltrattamenti e nell'affermazione del diritto a un'educazione non violenta, come previsto dalla Costituzione federale e dalla Convenzione Onu sui diritti dell'infanzia (CRC). In tal modo, la Svizzera provvede a colmare una lacuna segnalata dal Comitato ONU sui diritti del bambino e dai principali enti attivi nella protezione dei minorenni in Svizzera.

Lo scrivente Consiglio di Stato approva le modifiche dell'art. 302 CC. Al contempo, ritiene importante inserire ulteriori specificazioni, riferendosi alla presa di posizione di Kinderschutz Schweiz e a quella del comitato della Conferenza dei Direttori dell'Azione Sociale, che sono condivise pienamente, con alcune precisazioni che riportiamo di seguito.

Concretamente, si propone di:

- a) Menzionare esplicitamente nell' art. 302, cpv. 1) del CC il diritto a un'educazione non violenta, con una frase del tipo *"Il bambino ha diritto a un'educazione non violenta e fondata sul buon trattamento in tutti i suoi contesti di vita"*.
- b) Esplicitare nel medesimo messaggio cosa si intende per *"altre forme di violenza degradante"* e cioè, *"in particolare violenza psicologica, violenza sessualizzata, violenza domestica assistita e negligenza"*. Questo garantirebbe un'interpretazione più univoca della norma.
- c) Riguardo alla prevenzione e al ricorso a consultori a livello cantonale, si propone di aggiungere *"e di avvalersi di altri servizi di sostegno"*. Oltre ai consultori è importante infatti poter beneficiare di altre forme di prevenzione e di sostegno, come la formazione e la consulenza ai genitori, o di accompagnamento educativo.
A questo proposito, sarebbe necessario che la Confederazione disponesse dei dati sull'offerta esistente, in modo da poter stabilire degli standard qualitativi attesi.
Sul costo di tali misure auspichiamo che la Confederazione possa sostenere i Cantoni, nello sviluppo di concetti di consulenza e aiuto, analogamente a quanto avvenuto in merito allo sviluppo di concetti di politica giovanile grazie all'art. 26 LPAG, che andrebbe quindi ripristinato con questa nuova finalità.
- d) Inoltre sarebbe importante valorizzare l'importanza di promuovere l'informazione attraverso campagne nazionali di sensibilizzazione, che possano raggiungere regolarmente i professionisti, ma anche le famiglie e i bambini. Questo aspetto andrebbe menzionato o comunque messo in pratica e finanziato dalla Confederazione, d'intesa con i Cantoni.

Vi ringraziamo per l'opportunità concessa nell'ambito della presente consultazione e ci felicitiamo per il risultato raggiunto.

Vogliate gradire i nostri migliori saluti.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

III Presidente

Raffaele De Rosa

II Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Dipartimento dell'educazione, della cultura e dello sport (decs-dir@ti.ch)
- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in internet



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Direktor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 23. August 2023 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Regierungsrat im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens eingeladen, zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) Stellung zu nehmen.

Wir begrüßen die gesetzliche Verankerung des Grundsatzes der gewaltfreien Erziehung. Damit wird der Umfang der in Artikel 302 Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB; SR 210) geregelten Erziehungspflicht im Sinne des Kindeswohls weiter konkretisiert. Auch begrüßen wir den vorgesehenen verbesserten Zugang zu Stellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten. Dadurch können sich Eltern und Kinder die notwendige Unterstützung holen, ohne eine unmittelbare (straft- oder kindesschutz-)behördliche Intervention befürchten bzw. erwirken zu müssen.

Es wird im Kanton Uri unumgänglich sein, die bestehenden Angebote bekannter zu machen, um die mit der vorliegenden Gesetzesänderung beabsichtigte Förderung und Verbesserung des Zugangs zu Stellen mit Beratungs- und Hilfsangeboten nachhaltig zu erreichen. Das wird zu einer finanziellen Mehrbelastung des Kantons und/oder der Gemeinden führen.

Sehr geehrter Herr Direktor, sehr geehrte Damen und Herren, wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 10. November 2023



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor


Urs Janett


Roman Balli

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale
Elisabeth Baume-Schneider
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courriel
zz@bj.admin.ch

Réf. : 23_COU_5222

Lausanne, le 22 novembre 2023

Révision du code civil (Education sans violence)

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vous remercie d'avoir sollicité son avis sur l'avant-projet de modification du Code civil visant l'inscription dans le code civil de l'éducation sans violence.

Après avoir mené une consultation auprès des organismes concernés du canton, nous avons l'honneur de vous faire part de nos déterminations.

Le droit dit « de correction » a été aboli lors de la révision du droit de la filiation en 1978, sans pour autant être clairement proscrit. Plusieurs interventions parlementaires ont été déposées ces dernières décennies, en vue d'une inscription explicite dans la loi de l'interdiction des châtiments corporels et autres actes dégradants ou d'une inscription d'un droit à une éducation sans violence. Ces propositions ont toutes été rejetées par le Conseil fédéral, celui-ci considérant en substance que les bases légales civiles et pénales, et autres mesures actuellement existantes, étaient suffisantes pour garantir les droits des enfants.

Le Conseil d'Etat relève que les effets négatifs des châtiments corporels sur le développement des enfants ont été clairement documentés par diverses études internationales (pour davantage de détails, voir la position de la Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse, « Le droit de l'enfant à une éducation sans violence », novembre 2019). Les châtiments corporels ébranlent la confiance de l'enfant en ses parents, affaiblissent sa confiance en lui, favorisent un comportement agressif et perturbent son développement social, intellectuel et émotionnel. Il ressort de plusieurs études réalisées ces dernières années en Suisse que les parents ont encore régulièrement recours à l'usage de la violence dans leurs pratiques éducatives. Uniquement dans le Canton de Vaud, et pour l'année 2022, près de 300 dénonciations

pénales ont été adressées à l'autorité pénale par la Direction générale de l'enfance et de la jeunesse en vertu de son obligation légale, majoritairement pour des faits de cette nature. Ce nombre croît chaque année. Si ces dénonciations n'ont pas toutes abouti à des condamnations, faute d'éléments suffisamment probants ou parce que l'enfant s'est rétracté, elles démontrent que la violence des parents à l'égard de leurs enfants est encore extrêmement répandue.

Le droit de l'enfant à une protection contre toute forme de violence ou de maltraitance est consacré par la Convention des Nations Unies relative aux droits de l'enfant (art. 19), à laquelle la Suisse est partie. Le Comité des droits de l'enfant de l'ONU a déjà exhorté la Suisse à plusieurs reprises à inscrire l'éducation sans violence dans la loi. A ce jour, une grande majorité d'Etats européens a adopté des dispositions visant à interdire la violence dans l'éducation et à encourager les méthodes d'éducation non violentes. Ces pays ont pu démontrer un recul notable et durable de la violence dans l'éducation.

Aussi, le Conseil d'Etat se réjouit et salue le projet de révision législative qui vise à introduire expressément le principe de l'éducation sans violence dans le code civil. Il estime qu'il s'agit d'un signal fort, utile et nécessaire, qui permettra à la Suisse de lutter plus efficacement contre les violences infligées aux enfants au sein de leur famille. Il appuie pleinement l'idée que l'introduction du principe de l'éducation sans violence dans le code civil s'articule autour de la prévention, de l'information et de la sensibilisation, afin de permettre à l'avenir d'opérer une transition dans les mentalités et les pratiques.

Le Conseil d'Etat propose toutefois une reformulation de l'article, afin de souligner que l'intérêt de l'enfant est ici au centre des préoccupations. Il nous apparaît en effet que l'introduction du principe de l'éducation sans violence dans notre législation gagnerait à être formulé sous la forme d'un droit de l'enfant. Cette formulation renforcerait la position des enfants en tant que sujet de droits d'une part et celle des parents en tant que responsables de leur éducation d'autre part. Par ailleurs, la norme devrait expressément mentionner, à nos yeux, les violences psychologiques aux côtés des violences physiques.

Dans ce sens, nous proposons que la deuxième phrase de l'art. 302 al. 1 CC soit reformulée de la manière suivante :

« En particulier, l'enfant a le droit d'être élevé en étant protégé de châtiments corporels et d'autres formes de violence dégradante, notamment de violence psychologique. »

Nous appuyons également vivement la mesure d'accompagnement prévue à l'art. 302 al. 4 CC. Il nous paraît en effet essentiel que les parents et les enfants concernés puissent bénéficier de l'aide et des soutiens nécessaires. A cette fin, il convient de consolider, voire d'étendre et de promouvoir les prestations déjà existantes dans les cantons et d'en faciliter l'accès. Actuellement, le Canton de Vaud soutient et développe déjà une offre de prestations de prévention socio-éducative aux enfants et adolescents ainsi qu'à leurs parents et conclut des conventions de subventions. Il existe ainsi un catalogue de différentes prestations (Histoire de parents, lieux d'accueil enfants-parents de type « Maison Verte »). Nous relevons que si le projet proposé par le Conseil fédéral ne prévoit pas directement de nouvelles obligations pour les cantons, celles existantes

devront de fait être augmentées, de sorte que cela engendrera des charges supplémentaires qui ne peuvent encore être clairement identifiées et chiffrées.

Finalement, nous sommes d'avis qu'il conviendrait que la Confédération soutienne l'entrée en vigueur de ces nouvelles normes par des campagnes de sensibilisation et d'information sur un plan national, puis régulièrement par la suite. La Suisse doit remplir de manière harmonisée son devoir de protection.

En vous remerciant de l'accueil que vous réserverez aux déterminations qui précèdent nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Christelle Luisier Brodard

LE CHANCELIER a.i.



François Vodoz

Copies

- Direction générale de l'enfance et de la jeunesse
- Direction générale des affaires juridiques
- Office des affaires extérieures



2023.04382

P.P. CH-1951
Sion

A

Poste CH SA

Madame
Elisabeth Baume-Schneider
Conseillère fédérale
Cheffe du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne



Notre réf. MT

Date **22 NOV. 2023**

Consultation sur la modification du code civil. Éducation sans violence

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir consulté sur le projet cité en exergue et vous communique, ci-après, sa détermination.

Le Conseil d'Etat valaisan soutient le projet sur le principe, ainsi que la modification législative proposée. D'une part, la législation actuelle mérite d'être complétée par l'introduction d'une nouvelle disposition qui oblige expressément les parents à élever leurs enfants sans recourir à des châtiments corporels ni à d'autres formes de violence dégradante. D'autre part, elle est assortie d'une disposition consacrée aux offices de consultation et d'aide en matière d'éducation en tant que mesure d'accompagnement, qui s'adresse aux cantons. Cette modification donc va dans le sens des efforts déjà mis en œuvre pour la protection et l'encouragement de l'épanouissement physique, intellectuel et moral de l'enfant. Une implication financière de la Confédération dans la mise en œuvre ces nouvelles dispositions est cependant demandée.

La question d'une éducation sans violence s'est posée de manière récurrente en Suisse, tant en raison des injonctions du Comité des droits de l'enfant qu'en raison des diverses motions déposées et jusqu'alors toujours été rejetées, au niveau national. L'éducation non violente est donc une problématique toujours plus d'actualité et qui doit être pleinement réalisée en Suisse.

Il est scientifiquement prouvé que la violence dans l'éducation n'amène que des conséquences négatives. Des études ont démontré que la violence avait non seulement des effets négatifs sur les enfants, mais que ces effets se poursuivaient durant leur vie d'adulte. Or, force est de constater que la violence dans l'éducation, malgré une tendance à la baisse, fait encore partie du quotidien des enfants en Suisse. Il est donc nécessaire d'inscrire le droit à une éducation non violente dans le code civil et de soutenir les familles dans cette démarche.

Par ailleurs, sur le plan international, il a été demandé à plusieurs reprises à la Suisse de légiférer en la matière, ce que le présent projet concrétise. De 1979 à 2022, soixante-quatre pays, dont trente-deux pays européens, ont interdit dans leur législation tout châtiment corporel. En Suisse, si le droit de correction est d'ores et déjà en partie réprimé tant par le code pénal que par le code civil, la législation ne s'applique qu'à la violence ayant déjà eu lieu et non de manière préventive. Il est donc plus que souhaitable d'inscrire l'éducation sans violence dans le code civil afin de démontrer de manière ferme que toute forme de violence est injustifiable. Le fait d'inscrire le droit à une éducation non violente dans le code civil est un signal fort de la part de la Confédération sur le bannissement total de toute violence dans l'éducation, quelle que soit sa forme.



Remarques sur la modification de l'art. 302 CC

Article 302 alinéa 1 CC

Le canton du Valais accueille favorablement le nouvel alinéa 1 qui ancre clairement dans le code civil le droit des enfants à une éducation non violente tel que mentionné à l'article 19 Convention du 20 novembre 1989 relative aux droits de l'enfant (CDE ; RS 0.107). De plus, loin d'être un droit individuel directement applicable à l'enfant, le nouvel alinéa 1 renforce la position de l'enfant en tant que sujet de droit et correspond aux articles 11 de la Constitution fédérale du 18 avril 1999 de la Confédération suisse (Cst. ; RS 101) et 3 alinéa 1 et 2 de la Constitution du 7 mars 1907 du canton du Valais (Cst. cant. ; RS/VS 101.1).

D'un point de vue juridique, le texte du nouvel alinéa 1 énonce donc explicitement l'interdiction pour les parents de recourir à la violence, qu'elle soit physique (châtiments corporels) ou psychique (autres formes de violence dégradante). Il appartiendra toutefois à la Confédération de préciser ce qu'on entend par « autres formes de violence ». En effet, s'il est clair que toute forme de violence, quelle qu'elle soit, est interdite, il importe de préciser quelles peuvent être ces formes de violence dont font, à notre avis, notamment partie les violences psychologiques, les violences sexuelles, les violences domestiques, les négligences, etc., afin de garantir une interprétation claire de la norme.

Article 302 alinéa 4 CC

Le canton du Valais salue également l'ajout de l'alinéa 4. La plupart des parents usant de punitions corporelles ne sont même pas conscients que leurs actes sont une forme de violence. La communication, la sensibilisation et la formation de tout à chacun à ce sujet sont donc primordiales pour prévenir toute violence, qu'elle soit physique ou psychique, avant même qu'elle ne survienne. L'alinéa 4 est donc un élément clef dans la modification de l'article 302 CC.

Toutefois, l'aide aux parents proposée à l'alinéa 4 n'est pas suffisante. Il sera important de documenter les offres existant déjà en Suisse et de disposer de données permettant de cerner les besoins concrets des parents et des enfants afin de mettre en place des alternatives de soutien propres à leur venir en aide de manière effective. A cette fin, une base fédérale ou un recensement statistique des maltraitances au niveau national serait notamment d'une grande utilité. A défaut, la portée et l'efficacité de la modification de l'article 302 CC sera grandement diminuée.

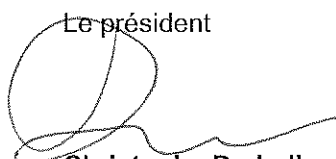
De plus, il est souhaitable que la Confédération joue un plus grand rôle dans la mise en place des différentes mesures de sensibilisation et d'information. La Confédération devra, à notre avis, se coordonner avec les cantons afin de les accompagner dans des campagnes de sensibilisation et d'information en mettant notamment en place des actions au niveau national afin de sensibiliser non seulement les parents, mais également les jeunes générations.

Enfin, nous tenons à souligner le rôle primordial des cantons dans la mise en œuvre de la nouvelle norme ainsi qu'en matière de sensibilisation et d'information. Si une majorité de cantons disposent déjà de structures destinées aux parents et aux enfants de tout âge confrontés à des difficultés dans l'éducation, la nouvelle norme fédérale demandera aux cantons de renforcer leurs structures, avec des coûts non négligeables. Cela étant, un financement mixte, réparti pour moitié entre la Confédération et les cantons, serait parfaitement justifié, tout comme l'implication de la Confédération dans des campagnes nationales d'information et de sensibilisation.

Le projet mis en consultation doit être complété dans ce sens et intégrer un cofinancement des mesures par la Confédération.

Nous vous remercions par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Christophe Darbellay



La chancelière

Monique Albrecht



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 19. September 2023 rv

Vernehmlassung zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 23. August 2023 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 23. November 2023 in obgenannter Angelegenheit vernehmen zu lassen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und teilen Ihnen gerne mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Änderungen des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) **einverstanden** sind.

Mit der vorgeschlagenen Änderung wird die vom Parlament überwiesene Motion 19.4632 von Bulliard-Marbach, welche die Verankerung der gewaltfreien Erziehung im ZGB verlangt, zweckmässig umgesetzt. Auch den auf internationaler Ebene vorgebrachten Ermahnungen an die Schweiz, eine gesetzliche Regelung betreffend gewaltfreie Erziehung zu schaffen, wird mit dieser Änderung Folge geleistet.

Wir begrüssen den primär programmatischen Charakter der Gesetzesbestimmung, die den konzeptionellen Rahmen der elterlichen Erziehung zugunsten der Kinder absteckt und die Prävention von Gewalt in der Erziehung sowie die Unterstützung bei der Bewältigung von Konfliktsituationen vorsieht.

Zu Art. 302 Abs. 1 zweiter Satz

Im erläuternden Bericht wird nachvollziehbar dargelegt, weshalb nebst der ausdrücklichen Formulierung der physischen Gewalt auf die Formulierung «psychische Gewalt» verzichtet und stattdessen die Formulierung «andere Formen entwürdigender Gewalt» gewählt wurde. In dieser Formulierung eingeschlossen sind sowohl die verbale psychische Gewalt, die, wie im erläuternden Bericht festgehalten, wohl die vermutlich häufigste Form der Gewaltanwendung darstellt, wie auch Unterlassungen der Eltern, die das Kind in seiner Menschenwürde und in seinem Persönlichkeitsrecht verletzen. Damit wird deutlich, dass auch Unterlassungen von erzieherischen Schutzmassnahmen zu Gewalthandlungen gezählt werden und es die elterliche Pflicht ist, das Kind davor zu schützen.

Zu Art. 302 Abs. 4

Der Aufforderung an die Kantone, niederschwellige Beratungs- und Hilfsangebote zur Verfügung zu stellen, die von Eltern und Kindern bei der Bewältigung von Konfliktsituationen entweder gemeinsam oder allein aufgesucht werden können, wird zugestimmt.

Im Kanton Zug werden diese Dienstleistungen bereits angeboten und regelmässig überprüft. Wir stützen die Erläuterungen im Bericht, dass ein bedarfsgerecht flächendeckendes und niederschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot als flankierende Massnahme die Umsetzung der gesetzlich verankerten gewaltfreien Erziehung unterstützt.

Freundliche Grüsse

Regierungsrat des Kantons Zug



Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- zz@bj.admin.ch; als PDF- und Word-Version
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch)
- Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz (info.kes@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooficce.polizei@zg.ch)
- Amt für Justizvollzug (strafanstalt@zg.ch)
- Obergericht des Kantons Zug (Marc.Siegwart@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info@staatskanzlei@zg.ch zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

15. November 2023 (RRB Nr. 1324/2023)

**Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung);
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 23. August 2023 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung des Zivilgesetzbuches (Gewaltfreie Erziehung) Stellung zu nehmen. Wir danken für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die Schweiz hat das Übereinkommen der UNO über die Rechte des Kindes 1997 ratifiziert. Art. 19 verpflichtet die Vertragsstaaten, alle geeigneten Gesetzgebungs- sowie weitere Massnahmen zu ergreifen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenszufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung (einschliesslich des sexuellen Missbrauchs) zu schützen.

Das geltende Recht verbietet Körperstrafen und andere erniedrigenden Handlungen an Kindern. Dieses Verbot wird bisher aus bestehenden Gesetzesbestimmungen abgeleitet. So unterstehen Kinder dem Schutz des Strafrechts. Gleichwohl zeigt die Nationale Kinderschutzstatistik aus dem Jahr 2022, dass die Zahl der körperlich und psychisch misshandelten Kinder erneut gestiegen ist. Auffällig ist insbesondere der Anstieg bei psychischen Misshandlungen sowie das Resultat, wonach in drei Vierteln aller Fälle die Täterinnen und Täter in der Familie zu suchen sind. Fast die Hälfte aller Schweizer Kinder erlebt physische oder psychische Gewalt in der Erziehung. Dies zeigen verschiedene Studien (Studie UNICEF «Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021» sowie Studie im Auftrag der Stiftung Kinderschutz Schweiz, 2020 «Bestrafungsverhalten von Eltern in der Schweiz»). Sie offenbaren, dass Gewalt in der Erziehung noch stark verbreitet ist, obwohl das Züchtigungsrecht längst abgeschafft wurde. Gleichzeitig wird insbesondere psychische Gewalt regelmässig unterschätzt oder verharmlost. Die Auswirkungen des Erlebens von Gewalt in der Erziehung können sich bis in das Erwachsenenleben ziehen und fortbestehend sein.



Wir begrüssen die unterbreiteten Änderungen im ZGB und schlagen zudem folgende Ergänzungen vor:

Zu Art. 302 Abs. 1 E-ZGB: In der Praxis zeigt sich, dass psychische Gewalt (z. B. auch das Miterleben häuslicher Gewalt) einen grossen Anteil unter den bei der Erziehung von Kindern vorkommenden Gewaltformen einnimmt und vermutlich gar die häufigste Gewaltform darstellt (Erläuterungen, S. 12). Auch diese Form der Gewalt soll unter die vorgeschlagene Gesetzesbestimmung fallen. Im Gegensatz etwa zu körperlichen Bestrafungen würde sie darin aber nicht ausdrücklich genannt, sondern wäre nur von der Auffangformulierung «und anderen Formen entwürdigender Gewalt» mitumfasst. Zur Begründung werden unter anderem mögliche Schwierigkeiten bei der Abgrenzung angeführt (Erläuterungen, S. 13 f.). Dies vermag nicht zu überzeugen, würde sich daran doch auch mit Abbildung über die Auffangformulierung nichts ändern. Angesichts des in der Praxis gegebenen Ausmasses und der Auswirkungen psychischer Gewalt erscheint vielmehr eine ausdrückliche Nennung im Gesetzestext angebracht. Kinder sollen auch ohne Anwendung psychischer Verletzungen und Gewalt erzogen werden. Dies entspricht auch dem Leitbildcharakter der Gesetzesnorm im Hinblick auf die angestrebte Prävention:

¹[...] Insbesondere haben sie das Kind ohne Anwendung von körperlichen Bestrafungen, psychischer Gewalt und anderen Formen entwürdigender Gewalt zu erziehen.

Dem erläuternden Bericht (S. 17) zufolge besteht bereits ein gut ausgebautes Netz an Hilfsangeboten; der Zugang sei aber nach Ansicht der Eidgenössischen Kommission für Kinder- und Jugendfragen aufgrund regionaler Unterschiede in der Versorgung nicht überall gleichermassen gewährleistet. Für den Kanton Zürich sind in diesem Sinne vorab ebenfalls bestehende Angebote auszuschöpfen und zu koordinieren.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Der stv. Staatsschreiber:

Mario Fehr

Dr. Peter Hösli

